

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Martin Runge BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 14.08.2009

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Unternehmen aus der Branche der Baugrund-, Grundwasser- und Lagerstättenerkundung – Fragen im Zusammenhang mit Bohrungen für die Zweite Münchner S-Bahn-Stammstrecke und für andere Vorhaben mit freistaatlicher Beteiligung (Stammstrecke XXV)

Seit mehreren Wochen laufen aufgrund des Verdachtes illegaler Preisabsprachen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen zahlreiche Unternehmen aus der Branche der Baugrund-, Grundwasser- und Lagerstättenerkundung. Insbesondere im Falle von Bohrungen für öffentliche Vorhaben sei es über viele Jahre hinweg zu Preisabsprachen und anderen Verstößen gegen das Kartell- und Wettbewerbsrecht gekommen. In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wird nach Kenntnis der Staatsregierung gegen Unternehmen ermittelt, die Aufträge im Zusammenhang mit dem Projekt Zweite Münchner S-Bahn-Stammstrecke erhalten haben?
2. a) Wie viele Aufträge für Probebohrungen und sonstige Bohrungen wurden bislang im Rahmen des Projektes Zweite Münchner S-Bahn-Stammstrecke vergeben,
b) nach welchen Verfahren wurden diese Aufträge jeweils vergeben und
c) wie viele verschiedene Unternehmen erhielten hier den Zuschlag?
3. Was war bislang das gesamte Kostenvolumen für die unter 2 genannten Aufträge?
4. a) Wie viele Aufträge für Bohrungen wurden im Rahmen des Transrapid-Projektes in Bayern vergeben,
b) wie viele Unternehmen wurden hierbei beauftragt und
c) nach welchen Verfahren wurden jeweils die Aufträge erteilt?
5. Wie groß ist die Anzahl der Unternehmen, die Aufträge für Bohrungen für das Transrapid-Vorhaben in Bayern, für das Projekt Zweite Münchner S-Bahn-Stammstrecke und für sonstige freistaatliche Projekte bzw. Projekte, an denen der Freistaat beteiligt ist, in München und im Großraum München in den letzten zehn Jahren erhielten, und um wie viele Einzelaufträge handelt es sich dabei?
6. In welcher Größenordnung bemisst sich nach Kenntnis bzw. Einschätzung der Staatsregierung jeweils der Schaden, der möglicherweise durch Preisabsprachen entstanden ist, bezogen auf die jeweiligen Gesamtkosten der einzelnen Projekte?

Antwort

des Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

vom 19.10.2009

Zu 1.:

Der Staatsregierung liegen keine Informationen über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen Unternehmen, die im Projekt 2. S-Bahn-Stammstrecke tätig sind, vor.

Zu 2. a) bis c):

- a) Nach Auskunft der DB Netz AG wurden bisher fünf Aufträge für Baugrunduntersuchungen im Projekt 2. S-Bahn-Stammstrecke vergeben.
- b) Von der DB wurden drei Aufträge im Rahmen eines offenen Vergabeverfahrens und zwei Aufträge in einem nichtoffenen Verfahren vergeben.
- c) Die DB hat die fünf Aufträge an fünf verschiedene Auftragnehmer vergeben.

Zu 3.:

Das Kostenvolumen der in den Antworten zu Frage 2 genannten Aufträge beläuft sich nach Auskunft der DB auf 4,2 Mio. €.

Zu 4. a) bis c):

- a) Für die Baugrunduntersuchungen im Projekt Transrapid wurden nach Auskunft der DB fünf Aufträge vergeben.
- b) Die Aufträge für Baugrunduntersuchungen im Projekt Transrapid wurden von der DB an vier verschiedene Auftragnehmer vergeben.
- c) Die Baugrunduntersuchungen wurden europaweit ausgeschrieben.

Zu 5.:

Bzgl. der Anzahl der Auftragnehmer für Baugrunduntersuchungen in den Projekten 2. S-Bahn-Stammstrecke und Transrapid verweise ich auf die Antworten zu den Fragen 2 c und 4 b.

Über die weiteren Projekte gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

Projekte	Anzahl der Aufträge Anzahl der Unternehmen
Linie A	1 Auftrag für Baugrunduntersuchung 1 Unternehmen
S 7 Geretsried	1 Auftrag für Baugrunduntersuchung 1 Unternehmen
Erdinger Ringschluss	4 Aufträge für Baugrunduntersuchungen 3 Unternehmen
Pasing – Buchenau	2 Aufträge für Baugrunduntersuchungen 2 Unternehmen
S 1 2. Baustufe	2 Aufträge für Baugrunduntersuchungen 1 Unternehmen
Netzergänzende Maßnahmen im Projekt 2. S-Bahn- Stammstrecke	16 Aufträge für Baugrunduntersuchungen 6 Unternehmen

Zu 6.:

Der Staatsregierung liegen keine Informationen zu Preisab-sprachen von Unternehmen vor. Damit kann auch nicht zu daraus resultierenden Schäden Stellung genommen werden.